

## Die Welt steht auf dem Kopf

Kein Wunder, dass Deutschland seine globale Rolle nicht findet

von Manuela Glaab

**Die neue Lage erfordert einen neuen Blick. Deutschland sucht seine Rolle in der Welt, während in der Welt nichts mehr beim Alten bleibt. Wie reagiert die Wissenschaft auf diese analytische Herausforderung?**



**Volker Rittberger (Hrsg.): Weltpolitik heute. Grundlagen und Perspektiven.** Nomos Verlag, Baden-Baden 2004. 284 Seiten, 49 Euro.

Anderthalb Jahrzehnte nach dem Ende des Ost-West-Konflikts steht die Welt wieder auf dem Kopf. Die Lage ist unübersichtlich. Die Akteure sind nicht mehr eindeutig zu erkennen. Klare Handlungsstrukturen werden abgelöst von komplexen Verflechtungen. Die Veränderungen in der Welt und die neuen Herausforderungen lassen sich vielfältig belegen: zahlreiche regionale Konfliktherde auf dem ganzen Globus, neue Bedrohungswahrnehmungen mit weitreichenden Folgen, der transnationale Terrorismus, die Unkalkulierbarkeit von Schurkenstaaten und von zusammenbrechenden oder zusammengebrochenen Staaten, internationale Aufrüstung und die Entstehung von De-facto-Atommächten sind einige der hervorstechendsten Risikofaktoren.

Die neue Lage erfordert einen neuen Blick. Darum ist es an der Zeit, Grundlagen und Perspektiven der Weltpolitik neu zu bestimmen. Das ist die wichtigste Herausforderung, der sich die Disziplin der Internationalen Beziehungen gegenüberstellt.

Einen Beitrag hierzu leistet der von Volker Rittberger herausgegebene Band „Weltpolitik heute“, der auf einer gleichnamigen Vorlesungsreihe an der Universität Tübingen im Sommer 2003 beruht. Die Anlage des Buches hat zur Folge, dass kein systematisches Gesamtpanorama der weltpolitischen Entwicklung entfaltet wird. Vielmehr werden dort ausgehend von der aktuellen Theoriedebatte die zentralen weltpolitischen Problemstel-

lungen analysiert. Ein Erklärungsmuster der Gegenwart ist der Wandel des weltpolitischen Systems von der Bipolarität zur Unipolarität. Klaus Dieter Wolf zufolge bleibt diese Sichtweise einer staatszentristischen, auf Hard Power-Ressourcen verengten Perspektive verhaftet. Es kommt darin weiter auf den Nationalstaat und seine militärischen Fähigkeiten an.

Eine Global Governance-Perspektive hingegen – wie sie auch Rittbergers Beitrag zum „Weltregieren“ als Analyserahmen vorschlägt – zeige die Relevanz von Soft Power-Ressourcen auf und entlarve die Vorstellung von der Überlegenheit der USA als „Mythos“.

Worum geht es noch in diesem instruktiven Band? Rittberger und Zelli deklinieren die Strategieoptionen durch, die eine europäische Außenpolitik gegenüber einem Welthegeemon USA anschlagen könnte. Mit den sicherheitspolitischen Entwicklungen in Ostasien – gekennzeichnet von intraregionalen Konflikten und kompetitivem Nationalismus – befasst sich Hartmut Hummel. Welche Differenzierungsprozesse es innerhalb der Dritten Welt gibt, und welche Möglichkeiten einer künftigen Entwicklungspolitik offenstehen, behandeln Boeckh und Nuscheler. Untersucht werden außerdem die Rolle von Demokratien in der Weltpolitik (Thomas Nielebock) sowie die Menschenrechtssituation. Dazu stellt Thomas Risse fest, dass zwischen völkerrechtlicher Normanerkennung und der praktischen Normeinhaltung eine

große Lücke klafft. Zum transnationalen Terrorismus formuliert Harald Müller die These, der Kriegsdiskurs habe zu einer Verengung der innen- wie außenpolitischen Strategieformulierung und einer Fokussierung auf militärische Handlungsinstrumente geführt.

Die globale Grundkonfiguration befindet sich im Wandel. Wie sich Deutschland darin positioniert, diskutiert Christoph Bertram. Ihm zufolge ist ein Abschied Deutschlands von der „Kultur der Zurückhaltung“ trotz der deutschen Haltung im Irak-Krieg nicht festzustellen. Schon allein die multilaterale Einbettung Deutschlands ließe das nicht zu. Im Gegenteil kritisiert Bertram einen mangelnden Gestaltungswillen deutscher Außenpolitik, was wiederum die Rolle der EU in der Weltpolitik beeinträchtigt.

Kritisch fällt auch eine Bilanz der Sicherheitspolitik der Regierung Schröder aus, die in der von Hans W. Maull herausgegebenen Reihe „Außenpolitik und Internationale Ordnung“ erschienen ist. Der Band, den Sebastian Harnisch, Christos Katsioulis und Manfred Overhaus vorgelegt haben, knüpft an eine im vergangenen Jahr erfolgte Zwischenbilanz rotgrüner Außenpolitik an.

Die Beiträge verfolgen vorrangig einen funktionalen Ansatz. Das zentrale Interesse der insgesamt neun ebenso aktuellen wie faktenreichen Teile des Buches richtet sich auf den institutionellen Rahmen der deutschen Sicherheitspolitik. Besonders aufschlussreich sind hierzu die Analysen von Johannes Varwick zur NATO und von Marco Overhaus zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Außerdem behandeln Gunilla Fincke und Arzu Hatakoy den Komplex der Krisenprävention, Martin Wagener geht den Einsätzen der Bundeswehr im Aus-

land nach, und Martin Agüera untersucht die deutsche Verteidigungs- und Rüstungsplanung, während sich Kirstin Hein der Antiterrorpolitik widmet und Sebastian Harnisch die Frage der Nonproliferationspolitik gegenüber dem Irak thematisiert. Das Gesamtbild wird abgerundet durch den Blick nach innen auf die Diskussion über die Außenpolitik in Deutschland. Christos Katsioulis erörtert die Debatten in und zwischen den Parteien, und Sabine Collmer schließlich analysiert die öffentliche Meinung. Diese innenpolitische Perspektive soll allgemein eine konzeptionelle Klammer des Bandes bilden, ohne allerdings systematisch in allen Beiträgen Spuren zu hinterlassen.

Wie fällt nun die im Buchtitel versprochene Bilanz der deutschen Sicherheitspolitik der letzten Jahre aus? Die im vorliegenden Band versammelten Analysen kommen zu dem Ergebnis, die Regierung Schröder habe weder eine Abkehr von der deutschen Selbsteinbindungsstrategie noch von der Tradition militärischer Zurückhaltung vollzogen. Zwar liefert Wagners Beitrag durchaus Belege für eine Veränderung der deutschen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, was aber durch den dafür gewählten Begriff der „Normalisierung“ entschärft wird. Für diese „Normalisierung“ werden als Belege angeführt: die Zunahme militärischer Einsätze, Veränderungen der Einsatzlogik der deutschen Streitkräfte hinsichtlich Territorialität, Zeitrahmen und Intensität – hier sind besonders die Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) vom Mai 2003 zu nennen – sowie die Schaffung der auf Auslandseinsätze fokussierten Division Spezielle Operationen (DSO). Diese Befunde jedoch sind Wagener zufolge weniger dramatisch in ihren Konsequenzen als der erste Blick glauben mag. Kon-



**Sebastian Harnisch, Christos Katsioulis und Manfred Overhaus (Hrsg):** *Deutsche Sicherheitspolitik. Eine Bilanz der Regierung Schröder* (Außenpolitik und Internationale Ordnung). Nomos Verlag, Baden-Baden 2004. 267 Seiten, 29 Euro.

zeptionelle Veränderungen und Intensivierung der Maßnahmen seien, wie es auch die Koalitionsvereinbarungen von 1998 und 2002 vorsehen, vorwiegend im Bereich der Konflikt- und Krisenprävention nachzuweisen.

Ähnlich wie bereits im Vorgängerband richtet sich die Kritik der Autoren besonders auf Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit deutscher Sicherheitspolitik. Der vollmundigen Rhetorik folgen keine Taten. Die materielle Ausstattung fehlt, um Reformen umfassend und erfolgreich durchzusetzen. Ablesbar sei dies beispielsweise am Stand der Bundeswehr- und der Wehrstrukturreform wie auch am „chronisch unterfinanzierten“ Wehretat. Vor allem aber mangle es an einer umfassenden außen- und sicherheitspolitischen Strategie.

Stattdessen, so resümieren die Herausgeber, beschränke sich Deutschland aufs Reagieren. Fortwährend passe sich die deutsche Regierung an die Erwartungen und an die Schwankungen in der Politik seiner wichtigsten Partner an. Interessendivergenzen zwischen den unilateralistisch ambitionierten USA und dem gaullistisch orientierten Frankreich führten somit zwangsläufig zu Ambivalenzen in der deutschen Sicherheitspolitik. Da aber

diese traditionellen Partner immer weiter auseinander driften, werde sich der Spagat dieser Politik des Sowohl-als-auch kaum noch allzu lange durchhalten lassen. Zuletzt aber habe sich Deutschland, indem es gemeinsam mit Frankreich die Bemühungen intensiviert hat, die ESVP voranzutreiben, tendenziell von der NATO entfernt.

Alles in allem: Kein genuin „deutscher Weg“ in der Sicherheitspolitik lässt sich ausmachen, dem Gerede der politischen Klasse zum Trotz. Dennoch kann man nicht übersehen, dass Deutschland die Bindungen seiner Sicherheitsarchitektur gelockert hat.

Deutschland ist weiterhin auf der Suche nach einer neuen Balance von multilateraler Einbindung und Eigeninteresse. Die deutsche Politik bleibt nach wie vor in hohem Maße abhängig von der Leistungsfähigkeit der europäischen und globalen Sicherheitsinstitutionen. Allerdings sehen sich diese selbst auf eine harte Bewährungsprobe gestellt. Denn die Welt steht erneut auf dem Kopf, und die Lage ist unübersichtlich. Deutschland hat einen ungünstigen Zeitpunkt für seine Ambitionen gewählt. Man ist gespannt, wie es auf künftige Herausforderungen reagieren wird.



**Richard Sakwa:** *Putin. Russia's Choice.* Routledge, London/New York 2004. 307 Seiten, 21,95 Dollar.

### Das soll unser Mann in Moskau sein?

von Henning Schröder

Die Geiselnahme von Beslan im September 2004 hat die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf die politische Entwicklung in Russland gelenkt. Mit wachsender Sorge verfolgt die europäische

Politik, wie unter der Regierung Putin die demokratischen Ansätze erstickt werden. Wie es scheint, ist es an der Zeit, abermals die Frage zu stellen: „Who is Mr. Putin?“ Insofern ist es ein glücklicher Zufall, dass gerade jetzt Richard Sakwa, einer der führenden britischen Russland-Spezialis-

ten, eine Monographie vorgelegt hat, die ein Porträt Putins zeichnet und seine Politik einer sorgfältigen Analyse unterzieht. Sakwa hat Ähnliches schon für frühere russische Regierungen getan: in zwei großen Überblicksdarstellungen hat er die Gorbatschow-Jahre und die Zeit Jelzins geschildert – in verständlicher Form, doch ohne auf Präzision zu verzichten. Sein Putin-Buch stellt gewissermaßen die Fortsetzung dieser beiden Bände dar.

Stärker als die beiden früheren Studien orientiert sich die vorliegende an der Person des Staatsoberhauptes. Das wird schon an der Gliederung deutlich. Sakwa leitet seine Studie mit einer biographischen Skizze ein, die in der Zusammenfassung und kritischen Wertung der bekannten Informationen eine recht genaue Vorstellung von Putins Herkunft und Aufstieg vermittelt.

Im nächsten Schritt sucht der Autor Putins politisches Denken zu fassen. Er tut dies anhand von ausgewählten programmatischen Texten. Dazu gehört Putins „Millenniumsbotschaft“, die zur Jahreswende 1999/2000 publiziert wurde, sowie die alljährlichen Berichte zur Lage der Nation, die der Präsident vor der Föderalversammlung präsentiert.

Zuletzt analysiert Sakwa Putins politische Praxis – den Putin-Stil – und wendet sich dann jenen politischen Aufgaben zu, die die Regierung Putin selbst in den Vordergrund stellt: die Wiedergewinnung der Staatlichkeit, die Reformen von Parlament und Parteien, die Verstaatlichung der Regionen, die Renationalisierung, die Domestizierung der Finanzmagnaten im Rahmen eines russischen Kapitalismus und die Außenpolitik.

All dies ist gut recherchiert, solide belegt und plausibel dargestellt. Es dürfte derzeit kaum eine andere Arbeit geben, die eine ähnliche Fülle

von Informationen über das Russland der Putin-Jahre bereitstellt. Trotzdem lässt die Studie, anders als Sakwas frühere Arbeiten, den Leser auf eigenartige Weise unbefriedigt.

Dies liegt daran, dass Sakwa den programmatischen Texten, die zu Beginn von Putins Amtszeit publiziert wurden, und die eine umfassende, liberale Reformpolitik entwerfen, einen zu hohen Stellenwert beimisst. Besonders deutlich wird das in jener Passage, in der Sakwa auf Russlands Zukunft als Demokratie eingeht. Der beste Indikator für eine solche Entwicklung wäre, so der Autor, wenn es durch Wahlen zu einem Regierungswechsel käme. „In diesem Buch wurde die Ansicht vertreten, dass viele Entscheidungen Putins in Richtung Demokratie führten“, erklärt Sakwa, „aber endgültig bewiesen wäre es erst, wenn er seinen eigenen Weg weiterverfolgen würde und man sehen könnte, ob er sich diesen Zielen verpflichtet fühlt“ (S. 250).

Angesichts der „gelenkten Demokratie“, in der das Element der Lenkung zunehmend überhand nimmt, ist dies eine gewagte Prognose. In einer Situation, in der die elektronischen Medien durchgehend von der präsidentialen Exekutive kontrolliert werden, in der die Präsidentialadministration sich anschickt, das „Parteiensystem von oben“ ganz neu aufzubauen, in der potenzielle Konkurrenten wie der Ölmagnat Chodorkowski mit Hilfe einer gefügigen Justiz mundtot gemacht werden, hat die Opposition keine ernsthafte Chance, einen Regierungswechsel herbeizuführen.

Insofern sind Sakwas Wertungen des „Demokraten Putin“ mit Vorsicht zu genießen – wenngleich die Fülle der Informationen, die er ausbreitet, unübertroffen und überaus nützlich und willkommen ist.



**David Domke:** *God Willing? Political Fundamentalism in the White House, the "War on Terror" and the Echoing Press.* Pluto Press, Ann Arbor/London 2004. 240 Seiten, 20 Euro.

## Willkommen im Land der Gotteskrieger

von Dirk Nabers

Es sind radikale Ideen, von denen Terroristen gelehrt sind – Ideen, die nicht in unsere Welt passen. Darum war es für die amerikanische Regierung nach dem 11. September von Beginn an schwierig, Islam und Terrorismus zu trennen. Welche Ideen, wenn nicht radikal-islamistische, verfolgen die Terroristen? Präsident Bush versucht den Antagonismus zwischen einer westlichen, zivilisierten Welt und einer nichtwestlichen, unzivilisierten Welt zwar teilweise zu entschärfen, indem er nicht die islamische Welt als Ganzes, sondern lediglich einen extremistischen Teil für schuldig erklärt. Der Islam als Religion stehe für Frieden, Al-Qaida dürfe nicht als Verkörperung dieser in Wahrheit versöhnlichen Religion missverstanden werden.

Dennoch, so lautet der Vorwurf, habe der Präsident den Antagonismus zur islamischen Welt durch den ihm eigenen christlichen Fundamentalismus verschärft. Das neue Buch des amerikanischen Kommunikationswissenschaftlers David Domke bietet für diese Kritik ein exzellentes Beispiel. Die Religiosität Bushs ist demzufolge eben nicht die für amerikanische Präsidenten so typische zivilreligiöse Färbung mit ihren allenthalben bekannten Glaubensbekundungen, mit ihrer Pflege von Symbolen und Ritualen. Bushs erste Amtszeit habe weit mehr geprägt: Domke wirft dem Präsidenten vor, sich der gleichen Stilmittel zu bedienen wie jene, die er bekämpft. Die Universalität der von ihm präsentierten Normen und eine radikale In-

toleranz gegenüber Andersdenkenden stehen für eine Politik, die sich im so genannten „Krieg gegen den Terror“ manifestiert.

Domkes Buch ist konzeptionell wie empirisch überzeugend, die Lektüre ist ein Genuss. Ausgehend vom Konzept der „binären Diskurse“ entwickelt er zunächst ein diskursanalytisches Instrumentarium zur Untersuchung der von Bush dominierten Debatte über die Folgen des 11. September für die USA und die Welt. Zurückgehend auf de Saussure und Derrida bestimmen sich Diskurse danach durch Beziehungen zwischen den teilnehmenden Akteuren und sind durch binäre Oppositionen wie gut/böse oder zivilisiert/barbarisch strukturiert. Macht wird im Diskurs dadurch erzeugt, dass eines der beiden als gegensätzlich konstruierten Elemente privilegiert wird.

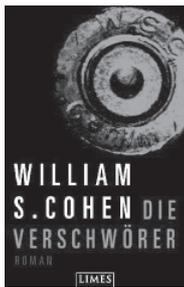
Domke untersucht in der Folge die wichtigsten Reden des amerikanischen Präsidenten zwischen dem 11. September 2001 und dem 1. Mai 2003, dem Tag, an dem Bush die unmittelbaren Kampfhandlungen im Irak für beendet erklärte. Um die Breitenwirkung dieser Reden besser verstehen zu können, zieht er für seine Analyse außerdem Leitartikel in amerikanischen Tageszeitungen heran, die sich direkt darauf beziehen.

Die empirischen Befunde des Buches sind auch für ein breites, nicht nur für ein akademisches Publikum interessant und spannend. Eine Katastrophe wie der 11. September prüft Bushs Verständnis zufolge, ob das gesamte amerikanische Volk auch wirk-

lich entschlossen auf dem von Gott vorgezeichneten Weg des Friedens, der Freiheit und des Fortschritts voranschreitet. Bushs Metaphorik sei abgrenzend. Mit der „Rede zur Lage der Nation“ vom 29. Januar 2002, in der Bush das Wort von der „Achse des Bösen“ (axis of evil) der Weltöffentlichkeit präsentierte, kommt der stark religiös konnotierte Begriff „evil“ ins Spiel. So lässt sich die Welt in ein gutes und ein böses Lager, in Freunde und Feinde einteilen. Das Ziel muss dem amerikanischen Präsidenten zufolge heißen, die Welt nicht nur sicherer, sondern auch besser zu machen. Globalisierung wird in diesem Dis-

kurs als die moderne Entsprechung des Zivilisationsprozesses begriffen. Analog ist es aber auch möglich, den seit dem 11. September als weltumspannendes Phänomen sichtbar werdenden Terrorismus als barbarische Herausforderung der bestehenden globalen Ordnung aufzufassen.

Die Essenz der meisten Reden lautet dabei wie folgt: Gott ist gerecht; die Gerechtigkeit steht auf der Seite Amerikas; mithin ist Gott logischerweise mit den USA. Das Buch von Domke ist ein herausragendes Beispiel für eine kritische Studie zur zweiten Amtsführung von George W. Bush als Präsident der USA.



**William S. Cohen:** *Die Verschwörer*. Limes Verlag, München 2004. 447 Seiten, 22,90 Euro.

## Clintons Minister kennt die Deutschen

von Josef Janning

Politik im Roman kann immer dann erhellende Lektüre für Politik und Wissenschaft sein, wenn der Autor selbst aus dem Kreis der politischen Insider stammt. Dann gilt es, auf die Zwischentöne zu achten, die Anspielungen auszudeuten und die mehr oder minder verborgenen Rechnungen zu prüfen, die der Verfasser seinen Gegnern und Mitstreitern, Parteifreunden oder Widersachern aufmacht. Im fiktionalen Gewand lässt sich „Wahrheit“ und deren Interpretation zudem schneller vermitteln als auf dem Weg der Autobiographie, die erst dann wirklich interessant werden kann, wenn der Biograph selbst nichts mehr zu verlieren hat im unbarmherzigen Verdrängungswettbewerb der Politik.

William Cohens Roman einer mehrfach verwickelten Verschwörung gegen die Welt des Westens und gegen

Amerika als Führer des Westens gehört zu den lesenswerten Vertretern dieses Genres. Ein Thriller-Romaner hätte aus dem Stoff eine Spionagegeschichte gemacht, Cohen schreibt aus der Perspektive amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik – eine Sicht, die dem ehemaligen Congressman und Senator als Verteidigungsminister der Jahre 1997 bis 2001 bestens vertraut ist. Der Kern des recht komplexen Erzählstrangs ist die Aufdeckung eines als Unfall der amerikanischen Streitkräfte getarnten terroristischen Anschlags mit Giftgas gegen die deutsche Zivilbevölkerung, um diese gegen die USA aufzuwiegeln. Deutschland soll so in ein Bündnis mit Russland getrieben werden, das beiden die alte Weltgeltung zurückbringen soll, während parallel in China ein Militärputsch die Dekadenz des amerikanischen Kapitalismus im Lande beseitigt. Den Hauptfiguren auf der dunklen Seite, dem russischen

Oligarchen Wladimir Berzin, seinem deutschen Jugendfreund aus ostdeutschen Tagen, Wolfgang Wagner, und dem chinesischen General Li als Drahtzieher der Anschläge in den USA und Deutschland steht auf amerikanischer Seite im Wesentlichen ein Mann gegenüber: Verteidigungsminister Santini, ein ehemaliger Senator mit der Vietnam-Biographie eines John McCain und den physischen Fähigkeiten eines Arnold Schwarzenegger. Zu Beginn des Romans tritt er die Nachfolge seines ermordeten Vorgängers an. Er deckt die Verschwörung auf und setzt sich dabei gegen US-Präsident Jefferson und dessen Sicherheitsberater Praeger durch. Nach einer heftigen Schießerei auf dem Platz des himmlischen Friedens, wohin sich Santini vom Flughafen aus mit dem verletzten Vize-Verteidigungsminister Wu an Bord seines Maybach gerettet hat, erledigt Santini seinen chinesischen Widersacher Li von einem Kampfhubschrauber aus praktisch im Alleingang und bringt damit den Plot nach rund 450 Seiten dramatisch zu Ende.

Die Geschichte ist flüssig erzählt und in die Gegenwart nach Ende des Irak-Krieges platziert. Cohen lässt im Ringen seines Helden, des Verteidigungsministers, das Kraftfeld der amerikanischen Außenpolitik zwischen White House, State Department, dem Pentagon und den Geheimdiensten erkennbar werden. Die Rankünen und Machtspiele des Nationalen Sicherheitsberaters, Santinis Versuch, die Aufmerksamkeit des Präsidenten zu gewinnen und dessen vordergründiges Kalkül zu beeinflussen, sind getränkt von den Erfahrungen des Autors in der US-Regierung, seinem Wissen um die Abläufe im Zentrum der Macht in der Amtszeit Clintons wie bei seinem Nachfolger George W. Bush, um die Irrationalität

im Prozess und um die Verbissenheit mancher Akteure auf den Fluren des Weißen Hauses, deren Rivalität bis tief in die Apparate hineinreicht, denen sie vorstehen. Anschaulich skizziert Cohen die Routinen eines globalen Sicherheitssystems der Vereinigten Staaten und ihres gewaltigen Militärapparats. In diesem Blick auf Amerikas Macht und Washingtons Betrieb ist Cohens Roman eine angenehm leichte Nebenlektüre derjenigen, die sich durch Bob Woodwards detailversessene Bush-Bände „Bush at War“ und „Plan of Attack“ arbeiten.

Ob gewollt oder ungewollt: Cohens Thriller teilt daneben auch manches über den Autor und seine Weltsicht mit, das aus hiesiger Perspektive nachdenklich stimmt. Sein Deutschland-Bild ist markant: So erscheint der deutsche Kanzler als altmodisch und politisch gestrig, nach Cohens Charakterisierung muss man sich ihn als Deutschnationalen und Revisionisten vorstellen – und sein Verteidigungsminister heißt ausgerechnet Joffe. In der deutschen Elite sieht Cohen die Sehnsucht nach alter Macht lebendig, sieht Antiamerikanismus und Antisemitismus als Teil eines traditionellen antiwestlichen Bildes. So gibt der junge Wagner dem Drängen des russischen Oligarchen auf ein zweites Rapallo nach und gewinnt sogar seinen Mentor, den einflussreichsten deutschen Finanzier, Baron von Heltsinger, für diesen Plan. Heltsinger steht für Ewald von Kleist, Gründer und Schlüsselfigur der jährlichen Münchner Wehrkunde-Tagung, heute die Konferenz für Sicherheitspolitik. Cohen kennzeichnet seine Figur als enttäuscht von Amerika und voll Misstrauen gegenüber einer EU, in der „Britten, Franzosen und Italiener sich verschwören, um Deutschland einzudämmen, es mit ihren starren Paragraphen und Intrigen in Fesseln

zu legen“ (S. 267). So werde Deutschland im „Einheitsbrei des Mittelmaßes“ versinken. Die Aussicht auf ein neues Bündnis mit einem neuen Russland stimmt Cohens deutschen Baron heiter: „Vielleicht war es gar kein so wilder Traum, dass Deutschland erneut zu einer politischen und militärischen Macht wurde“ (S. 269).

Auch ein deutsches Lesepublikum, das den russischen Oligarchen und dem chinesischen Militär vieles Dunkle zuzutrauen bereit sein dürfte, wird die Selbstverständlichkeit verstören, mit der William Cohen die Kontinuität des deutschen Großmachtstrebens in seinen Erzählstrang einflieht. Das

Buch irritiert gerade in dieser Hinsicht, gilt doch Cohen als besonderer Freund der Konferenz für Sicherheitspolitik, zu der er über viele Jahre seit 1985 die amerikanische Delegation geführt hatte. In seinen anderen Teilen ist der Roman ganz und gar nicht als Farce angelegt, so dass man sich schwer tut, ausgerechnet die deutschen Passagen so zu lesen.

Sind sie jedoch keine Farce, so sagen sie einiges über Ausformungen und Schichtungen des Deutschland-Bildes in der amerikanischen politischen Klasse – was jedoch nur sehr wenige der amerikanischen Leser dieses Buches bemerken werden.



**Richard Heinberg:** *The Party's over. Das Ende der Ölvorräte und die Zukunft der industrialisierten Welt.* Riemann Verlag, München 2004. 431 Seiten, 21 Euro.

## Das Öl ist aus, wir geh'n nach Haus

von Jürgen Turek

Immer mehr Publikationen weisen darauf hin, dass etwa gegen 2010 die Nachfrage nach Erdöl das Angebot übersteigen wird. So recht kann sich das noch niemand vorstellen. Darum ist es gut, dass Richard Heinberg ein kompetentes Buch über die damit verbundenen Konsequenzen geschrieben hat.

Er entwirft ein Zukunftsszenario und zeigt Alternativen zu einer Gesellschaft auf, die auf Erdöl beruht. Dabei geht er intensiv auf die Entwicklung alternativer Energietechniken ein.

Hier belegt er, dass selbst die massivste Förderung regenerativer Modelle nicht ausreichen wird, den Energiehunger der sich weiter industrialisierenden Welt zu decken.

Lösungsperspektiven sieht Heinberg indes in einer vorausschauenden Energiepolitik, einem Energiemix und einem nachhaltigen Umbau unserer Wirtschaft, der auch von jedem Einzelnen mitgetragen werden kann. Hierfür zeigt er im letzten Teil seiner sehr ansprechenden Publikation ganz konkrete Handlungsmöglichkeiten auf.